



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ausreichende Ausstattung mit Lehrkräften und finanziellen Mitteln für die neuen Schularten Gemeinschaftsschule und Regionalschule

- Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. für eine ausreichende Ausstattung der Gemeinschafts- und Regionalschulen mit Lehrkräften zu sorgen und diesen Schulen dazu mindestens 50 zusätzliche Stellen ab dem neuen Schuljahr zuzuteilen,
2. eine ausreichende Fortbildung für alle Lehrkräfte sicherzustellen, die in den neuen Gemeinschafts- und Regionalschulen in der Klasse 5 unterrichten,
3. aus den KIF-Mitteln ausreichend Mittel bereitzustellen, damit die Kommunen die räumlichen Voraussetzungen für die neuen Unterrichtsformen schaffen können,
4. ausreichende Mittel für die offenen Ganztagschulen einzuplanen, um sicherzustellen, dass die Nachmittagsangebote im allgemeinen für die SchülerInnen kostenfrei sind,
5. zusätzliche Ressourcen für bestimmte Schulen einzuplanen, um den unterschiedlichen Förderbedarf aufgrund der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft auszugleichen.

Begründung:

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von Dr. Ekkehard Klug (DS 16/1907) ergibt, wie die folgende Tabelle zeigt, dass die Schülerzahlen pro Planstelle zwischen den Sekundarschulen weit differieren, und zwar zuungunsten der Gemeinschaftsschulen und der Regionalschulen.

Zahlen für das Schuljahr 2008/2009 aus DS 16/1907	Schülerzahl	Vollzeitlehrerstellen	Quote Schüler pro Stellen
Regionalschulen	17.989	834	21,57
Gymnasien	86.139	4.592	18,76
Gesamtschulen	20.118	1.293	15,56
Gemeinschaftsschulen	35.960	1.791	20,08

Gemeinschaftsschulen brauchen aufgrund der besonderen Anforderungen zumindest in der Aufbauphase eher zusätzliche Ressourcen. Die für ein Jahr geplanten zusätzlichen 5 Stunden sind nicht ausreichend. Das gleiche gilt für Regionalschulen. Für den Beginn der 5. Klassen mit dem Schuljahr 2008/09 und für die zusätzliche Aufbauarbeit schlagen wir deshalb vor, 50 zusätzliche Stellen bereitzustellen. Beim weiteren schrittweisen Aufbau der Gemeinschaftsschulen können zusätzliche Stellen zum Teil mit der demographischen Entwicklung verrechnet werden.

Sinnvoll wäre auch ein Planstellenzuweisungsverfahren, das die neuen Schularten berücksichtigt. Dies wäre gerechter, motivierender für die Lehrerschaft und fördert den Start der neuen Schularten, insbesondere der Gemeinschaftsschule.

Angelika Birk und Fraktion